

Protokoll der Kreismitgliederversammlung vom 30.03.2007
Gaststätte zur Schmiede, Quickborner Str. 71, Borstel-Hohenraden
Beginn: 19:00 Uhr Ende 22:30 Uhr

1. Formalia

Es sind 18 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Die Versammlung ist form- und fristgerecht eingeladen worden. Gegen die Ladung und die Beschlussfähigkeit werden keine Bedenken erhoben. Für das Präsidium werden Michael Koehn, Helmuth Kruse und Thorsten Berndt (Protokoll) gewählt. Es wird folgende Tagesordnung beschlossen:

1. Formalia
2. Landesparteitag(LPT) 12. und 13. Mai in Plön
 - Diskussion „Grüne Horizonte“
 - Vorstellung und Diskussion mit den BewerberInnen für den neu zu wählenden Landesvorstand (Marlies Fritzen, Anke Erdmann und Dr. Robert Habek werden anwesend sein)
 - Ggf. weitere Anträge zum LPT
3. Wahl von Delegierten für Landesparteitage für ein Jahr
4. Termine und Verschiedenes

2. Landesparteitag 12. und 13.5.2007

Debatte um das Papier „GRÜNE Horizonte“

Marlies Fritzen, Landesvorsitzende S-H, stellt den Abschnitt **Lebensland** mit den strittigen Alternativen vor. Nach einer intensiven Debatte kommt es zu folgendem Meinungsbild:

1. Zeile 86 ff. Aufkommensneutrale Öko-Steuer 11 ja, keine Aufkommensneutralität 0 ja, 7 Enthaltungen

Folgender Antrag von Thomas Giese wird bei einer Enthaltung angenommen:

Zeile 50/51: Änderung

Änderung: ... wird klar, dass gerade Staaten mit großen Energieverbräuchen Vorbilder sein müssen, wenn es um Klimaschutz geht. Wer Schutz

Originaltext: „Jenseits der ordnungspolitischen Handlungsspielräume des Staates muss die Frage nachdem individuellen Lebensstil des einzelnen Menschen gestellt werden. Wenn 20 Prozent der Weltbevölkerung für 80 Prozent der klimaschädlichen Emissionen verantwortlich sind, wird klar, dass es angesichts des Energiehungers der Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern ein „weiter so“ nicht geben kann. Wer Schutz will, muss schützen. Dies aber ist keine geringere, sondern eine andere Lebensqualität. Ein ökologischer Lebensstil ist Gewinn, nicht Minderung für das Leben.“

Begründung:

Die Textpassage über den Energiehunger der Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern ist angesichts des weltweiten Verbrauchs an Rohstoffen der sog. entwickelten Ländern als überaus unglücklich zu bezeichnen.

Auf Anregung von Arne wird folgende Änderung (Text erst nach der KMV redaktionell erstellt) bei einer Enthaltung beschlossen:

Zeile 103 Änderung:

„Die Grenze zwischen öffentlichem und privatem Verkehr ist verwaltet und muss aufgehoben werden,“ wird ersetzt durch

„Aufgabe des Staates ist es dabei, Mobilitätsoptionen zu eröffnen, indem er einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehr sicherstellt. Dazu muss er insbesondere die Kontrolle über die Verkehrsnetze haben. Jenseits dessen müssen die Grenzen zwischen öffentlichem und privaten Verkehr eingerissen werden, [etwa...]“

Auf Antrag von Thomas Giese wird folgender Antrag bei einer Enthaltung angenommen.

Zeile 112/113: Änderung

... die Verstaatlichung der Leitungsnetze, um einen diskriminierungsfreien Zugang aller Lieferanten zu gewährleisten.“

Originaltext: „Zur Daseinsvorsorgepflicht des Staates gehört aus unserer Sicht die Wasser- und Energieversorgung. Wir fordern deshalb die Verstaatlichung der Stromnetze, um einen diskriminierungsfreien Zugang aller Stromlieferanten zu gewährleisten.“

Begründung:

Die Reduzierung auf lediglich elektrische Energie greift in diesem Kapitel zu kurz. Gerade angesichts der Notwendigkeit einer echten Liberalisierung der Wasser- und Energiemärkte ohne Monopol- und Oligopolbildung sollten alle Energiearten und auch Wasserversorgung und Abwasserentsorgung mit aufgenommen werden. Nur so wäre gewährleistet, dass der freie Zugang aller Lieferanten zu den einzelnen Netzen möglich wird.

Der Gesamtabschnitt Lebensland wird bei einer Enthaltung angenommen.

Der zweite Abschnitt **Bildungsland** wird von Anke Erdmann, Beisitzerin im Landesvorstand, vorgestellt. Nach der Aussprache kommt es zu folgenden Abstimmungen:

Zeile 251 Ergänzung:

Nach „Alle Bildungseinrichtungen erfüllen zukünftig einen pädagogischen Auftrag, der nicht nur Wissen und Information, sondern auch Ethik, Sozialverhalten und gesellschaftliches Engagement umfasst.“ wird folgender Satz ergänzt.

„Um diese Ziele in allen Bildungsbereichen umzusetzen, soll die Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen über ein Hochschulstudium erfolgen.“

Dieser Antrag wird bei einer Nein-Stimme angenommen.

Zeile 255 Änderung

Das Wort „kostenlos“ wird durch „kostenfrei“ ersetzt.

Der Antrag von Conny Krian wird einstimmig angenommen.

Ab Zeile 257 Bildungspflicht

Alternative 1 „Für eine Bildungspflicht“	13 Ja
Alternative 2 „gegen eine Bildungspflicht“	4 Ja 1 Enthaltung

Ab Zeile 313 Sozialerbschaft

Alternative 1 „für eine Sozialerbschaft“	2 Ja
Alternative 2 „gegen eine Sozialerbschaft“	13 Ja 2 Enthaltungen

Der Gesamtabschnitt Bildungsland wird einstimmig angenommen.

nach Zeile 413: Ergänzung

Antrag Thomas Giese:

Eine Zwangsverpflichtung von Bürgerinnen und Bürgern zur Mitarbeit in diesen Institutionen lehnen wir ab.

Originaltext: „Die deutsche Armee soll im Rahmen einer Demokratisierung der Institutionen Europas in einer Europäischen Armee aufgehen. Diese Armee besteht einerseits aus BerufssoldatInnen. Ihre zweite Säule aber muss aus Menschen bestehen, die in den Bereichen der Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung geschult sind.“

Begründung:

Der Umgang mit Krisen auf dieser Erde muss weiter demokratisiert und auch professionalisiert werden. Die allgemeine Wehrpflicht führt zu Ungerechtigkeiten und leistet keinen Beitrag zur Krisenprävention.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Abschnitt **Arbeitswelt** wird von Robert Habeck vorgestellt.

Nach einer kontroversen Debatte um die Frage Grundsicherung oder Grundeinkommen kommt es zu folgenden Abstimmungen:

Alternative 1 Zeile 524 „Individualisierte und armutsfeste Grundsicherung“

7 Nein, 0 Ja, Rest Enthaltungen

Alternative 2 Zeile 550 „Bedingungsloses Grundeinkommen“

10 Ja, 3 Nein, 5 Enthaltungen

Zeile 565 „ Für ein solidarisches Jahr“

11 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltung

Der Gesamtabschnitt Arbeitswelt wird mit 12 Ja, 1 Nein und 4 Enth. angenommen.

Auf Grund der Uhrzeit (22:00) wird der Bereich **BürgerInnenland** nicht mehr diskutiert. Dies Thema wurde bereits umfangreich im Herbst 2006 diskutiert.

3. Wahl von Delegierten für Landesparteitage für ein Jahr

Als Zählkommission werden einstimmig Anke Erdmann und Thorsten Berndt gewählt. Es werden folgende Delegierte/Ersatzdelegierte schriftlich und geheim gewählt:

Ricarda Ries	16	Thorsten Berndt	17
Erika von Kalben	16	Helmuth Kruse	16
Beate Seifert	15	Rainer Steenblock	15
Susanne Epskamp	13	Arne Pilniok	15
Regina Flesken	13	Thomas Giese	14
Cornelia Krian	12	Frank Wegener	13
Valerie Wilms	11		

Mit je 8 Stimmen: Andrea Koehn, Heinke Maschmann, Jörg Schneider, Thomas Grabau
Weitere Ersatzdelegierte:

Christiane Bergmann	1	Heinrich F. Kuth	5
		Michael Koehn	5

Die mit je 8 Stimmen gewählten Delegierten regeln die Reihenfolge in Absprache einvernehmlich. Gegen die Durchführung und das Ergebnis der Wahl der Delegierten werden keine Bedenken oder Einwendungen erhoben.

4. Verschiedenes und Termine

Beate berichtet von dem Bündnis „gentchnikfreie Region Unterelbe“ und deren nächsten Veranstaltung am 18.4.2007 im Rellinger Hof. Erika von Kalben berichtet vom ersten Treffen zur Gründung eines OV in Borstel-Hohenraden. Rainer lädt noch einmal zur Veranstaltung zur Elbvertiefung am 27.4.07 in Elmshorn ein.

Die versammlung wird um 22:30 Uhr beendet.
Protokollführung: Thorsten Berndt